

Ostwest-Piste könnte Chance sein

Die Idee einer Verlängerung stösst auf Interesse, aber auch auf Hindernisse



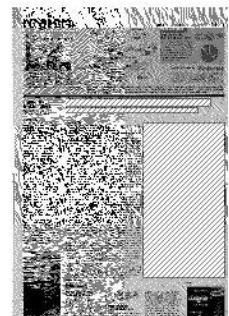
600 Meter länger. Die Ostwest-Piste des EuroAirports kann nur nach Westen (im Bild oben) verlängert werden. Foto Erich Meyer

MARTIN MATTER

Grosse Bevölkerungsteile im Süden des EuroAirports könnten von Lärm entlastet werden, wenn eine um rund 600 Meter verlängerte Ostwest-Piste mehr Verkehr abnehmen könnte. Die FDP-Fraktionen in beiden Basel lancieren entsprechende Vorstösse. Was gemeinhin als unmöglich gilt, wäre bei näherem Hinsehen machbar.

Die Absichtserklärung aus den Reihen der FDP hat dieser Tage nicht nur für Aufmerksamkeit, sondern auch für Kopfschütteln gesorgt, denn die vor Jahren auf 1820 Meter verlängerte Ostwest-Piste gilt als «betoniert»: Im Osten wird sie durch die Autobahn begrenzt, im Westen verlaufen Hügel. Der Anteil der Starts auf dieser Piste dümpelt um die fünf bis sieben Prozent herum; Landungen gibt es noch viel weniger. Hauptgrund: Heute wird mit viel grösseren Maschinen operiert als es in den Anfängen die Crossair tat. Die durchaus realistische Prognose zur Crossair-Zeit – 20 bis 25 Prozent aller Flugbewegungen auf der verlängerten Ostwest-Piste – ist nicht mehr umsetzbar, weil die heute üblichen grossen Maschinen nicht auf dieser kurzen Strecke operieren können.

Nur: Der Westen des EuroAirports ist sehr dünn besiedelt. Eine stärkere Nutzung der Ostwest-Piste könnte grosse Bevölkerungsteile in der Stadt und im Unterbaselbiet im Süden des



Argus Ref 34454066

Flughafens von Lärm entlasten.

Deshalb schalten sich nun die FDP-Fraktionen in beiden Basel mit parlamentarischen Vorstössen ein. Damit die Piste für grössere Maschinen als vollwertig gilt, muss sie mindestens 2400 Meter lang sein. Man müsste sie also um rund 600 Meter nach Westen verlängern.

HÜGEL ABTRAGEN. Geht das überhaupt? Ja, das geht, sind die Initianten überzeugt. «Wir haben die Sache vor Ort mit Aviatik- wie auch mit Baufachleuten diskutiert», sagt FDP-Landrat Hanspeter Frey. Denn der gut 20 Meter hohe Hügel im Westen entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Seitenflanke der Erhebungen beim Liesbach. Unter Berücksichtigung des Verlaufs des Bachbetts müssten noch etwa 10000 bis 30000 Kubikmeter Erde abgetragen werden. «Damit liesse sich eine sichere An- und Abflugschneise schaffen, die allen flugtechnischen Anforderungen entspricht», ist die FDP überzeugt. Natürlich wäre auch ein Instrumentenlandesystem zwingend.

Die Kosten für solche Erdbewegungen hat die Baselbieter Regierung vor ein paar Jahren auf etwa 20 Millionen geschätzt. In Wirklichkeit wären sie wohl höher, aber vertretbar. Frey macht einen Vergleich: «Denken wir nur daran, wie viel die H2 kostet.» Nebst der Bevölkerung würde auch der Flughafen selber von einer grösseren Flexibilität bei der Pistenbewirtschaftung profitieren, sind Frey und seine Mitunterzeichner überzeugt.

«Die Idee ist prüfenswert», findet

auch Paul Kurrus, Präsident des Flugverkehr-Dachverbandes Aeroswiss sowie Vorstandsmitglied der IG Luftverkehr und Kenner des EuroAirport. «Sie vermöchte die Lärmauswirkungen für die Anwohner zu reduzieren, ohne den Flugbetrieb einzuschränken.»

INTERESSE IST DA. «Der EuroAirport ist grundsätzlich an einer besseren Nutzung der Ostwest-Piste interessiert», sagt Sprecherin Vivienne Gaskell. Sie weist aber auf flugsicherungs-technische und topografische Probleme hin. Die Frage, ob eine Lärmreduktion für viele Anwohner nicht auch dem EuroAirport die Arbeit erleichtern würde, beantwortet sie vorsichtig: Die Frage der Entlastung sei relativ, es gebe jeweils eine Verschiebung der Interessenslage, wie das ILS-33 zeige.

Die Idee stösst nicht nur auf topografische Hindernisse. Die beiden massgebenden französischen Sachpläne für die Infrastruktur begrenzen die Länge der Ostwest-Piste auf 2000 Meter und definieren sie als Sichtflugpiste. Doch die Initianten sind überzeugt, dass die politische Bereitschaft zur Änderung der Sachpläne zu erreichen wäre. Ein anderes Problem: Die Kantone können eine solche Idee nicht selber verwirklichen, sondern müssen sich via EuroAirport-Verwaltungsrat und Bund Gehör verschaffen. Die FDP-Motion für eine entsprechende Ständesinitiative liegt bereits vor. Die Initianten gehen davon aus, dass weder der Bund noch der Flughafen über eine solche Forderung hinweggehen können, wenn sie in beiden Parlamenten klare Mehrheiten findet.